

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 4,50 Mk., vierteljährlich 12,50 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 100 Pfg., von anwärts 125 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bel. Tarif, die 3-spaltige Reklamezeile 300 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 25 Pfg. — Postfachkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 8920.

Nr. 99

Mittwoch, den 28. April 1920

11. Jahrgang

Deutschlands Gleichberechtigung anerkannt!

Die Aufteilung der Türkei.

In San Remo ist dem langamen Verlehnungsprozess der Türkei, der etwa in der Mitte des vorigen Jahrhunderts einsetzte, ein gewaltiges Ende bereitet worden. Das osmanische Reich als selbständiges Staatswesen hört auf zu sein; die Entente-mächte übernehmen Kleinasien. Die Hauptinteressen bei der Liquidation sind England, Frankreich, Italien und Griechenland. Russland, Deutschland und Bulgarien, die vor dem Kriege einen starken Teil ihrer auswärtigen Politik in der Türkei festlegten, scheiden aus. Die Vereinigten Staaten von Amerika lehnen das Mandat über Armenien ab. Im Punkt 12 der 14 Punkte Wilsons, die auch die Entente-mächte sich zu eigen machten, als sie das deutsche Waffenstillstandsangebot annahmen, heißt es:

„Den türkischen Teilen des jetzigen osmanischen Kaiserreiches soll eine ungefähre Selbständigkeit sichergestellt werden; auch die anderen Nationalitäten, die jetzt unter türkischer Herrschaft stehen, sollen ihres Lebens gesichert werden, und es muß ihnen eine vollkommene und unbehinderte Entwicklung in autonomer Hinsicht ermöglicht werden.“

Im Vertrauen auf diesen Punkt legte die Regierung der Vereinigten Staaten dem Obersten Rat das Projekt einer Neuordnung Kleinasiens vor, das mit den Wilsonschen Grundfäden in allen Teilen übereinstimmte. Es wurde von den Entente-mächten glatt abgelehnt. Denn so sehr man die 14 Punkte Wilsons als Rettungsanker und Leuchtfeuer willkommen hieß, so wenig war man in Wirklichkeit geneigt, die imperialistischen Pläne, mit denen man bereits in den Krieg eingetreten war, zugunsten eines Programms oberflächlicher Art aufzugeben. Als Grund für die Ablehnung des amerikanischen Projekts gab man jetzt offen Geheimverträge an, die bereits vor Annahme der Wilsonschen Punkte zwischen den Entente-mächten zustande gekommen waren.

Der erste dieser Geheimverträge, der französisch-englische, ist nie bekannt geworden. Jedoch kann man auf Grund der Presseberichte, sowie offizieller und offizieller Äußerungen mit einiger Gemisheit feststellen, wie etwa man sich in London und Paris in die Verteilung der Türkei geteilt hat. England kam es vor allem darauf an, sich den Korridor zwischen Mesopotamien und Indien zu sichern. Denn hatte man die Landbrücke, so war der während des Krieges mehr als einmal gefährdete Seeweg nach Indien, der Suezkanal, ein für allemal vor Angriffen gesichert. Und so legte man denn Hand an Mesopotamien, dieser durch die Bagdadbahn dem europäischen Verkehr nähergebrachten Ebene, in der einst deutsche Einflüsse den britischen Plänen ein Dorn im Auge waren. Arabien, kulturell weniger beachtenswert, aber für die künftige Kap-Kamerabahn, die ein einheitliches englisches Dominium von Südafrika bis nach Ägypten vorbereiten soll, von Nationalität, wurde als englische Einflusssphäre vorgelesen. Um Palästina dagegen, das einerseits mit auf dem Landweg Britisch-Afrika-Britisch-Indien liegt, andererseits von dem katholischen Frankreich mehr aus Prestige, denn aus wirtschaftlichen Gründen zum Objekt imperialistischer Expansion aussersehen ist, entbrannte ein hartnäckiger Kampf, der zu dem Kompromiß geführt hat, diesen Mutterboden jüdischen und christlichen Geistes zu einem selbständigen jüdischen Staat zu machen. England hoffte hierbei wahrscheinlich nicht zu kurz zu kommen, während Frankreich mit Syrien, das man am Dual D'Orlay ebenfalls schon lange im Auge hat, verträufelt wurde.

Nun ist es ein eigen Ding mit dem Imperialismus: eine Interessensphäre verdrängt die andere, und so möchte denn England, um das Stromland des Euphrat und Tigris zu sichern, das syrische Vorderland mit seinen bequemen Anlagelassen nicht gern aus der Hand geben. Versuche, Frankreich durch Kompensationen in Anatolien zu befriedigen, schlugen fehl; infolgedessen ist die syrische Frage auch heute noch ungelöst. Es hat den Anschein, als veruche England Frankreichs Interessen am Rhein gegen die kleinasiatischen Interessen auszuwischen. Auch scheint man an der Thematik die nicht zu unterschätzenden autonomen Bestrebungen in Syrien, die als letztes Ziel ein selbständiges syrisches Staatswesen mit einem Monarchen an der Spitze im Auge haben, künftlich zu nähren.

Nur sind Italiens Ansprüche auf kleinasiatische Distrikte. Sie beruhen auf einem Geheimvertrag zwischen Italien und den Verbündeten vom 26. April 1915, der neben anderem dem Herrn Italiens für seinen Eintritt in den Krieg im voraus festlegte. Er lautet vor:

„Italien soll den gleichen Anteil an dem Boden des Mittelmeeres erhalten wie England, Frankreich und Russland und zwar in dem Teil, der an die Provinz Adalia grenzt. Sollte territoriale Unverschiedenheit der asiatischen Türkei für einen weiteren Fortschritt anrecht erhalten werden, so sollen bei der Abgrenzung der Einflusssphären die Interessen Italiens in gleicher Weise berücksichtigt werden.“

Die Konferenz von San Remo hat sich bereits den Distrikt von Adalia neben einzelnen Anteilen der Lykischen Inselwelt Italien zuzurechnen.

Unser Verhältnis zu Griechenland in dem Vertrag weg. Sein Traum wird erfüllt: ein Großgriechenland vom Peloponnes bis Konstantinopel, wenn man sich auch da-

vor hütet, ihm die Macht über den Bosphorus und das Mandat über die alte Kaiserstadt zu übertragen. Wie damals steht sein Nachzugwachs in keinem Verhältnis zu seinen Leistungen. Aber er liegt durchaus auf dem Wege der Entente-politik, die Griechenland als Wellenbrecher gegen Bulgarien ausgezeichnet gebrauchen kann.

Fassen wir das Ergebnis zusammen, so verliert die Türkei Syrien, Palästina, Arabien, Mesopotamien, Armenien (das mit Einschluß von Trapezunt ein „selbständiger“ Staat unter Kontrolle eines Mandatars des Völkerbundes werden soll), Thrakien und Smyrna. Fügen wir noch hinzu, daß die Finanzgebarung der Rumpftürkei ebenfalls auf die verbündeten Mächte übergeht, so erkennen wir, daß der türkische Staat als politischer Begriff aus der Landkarte gelöscht ist, und daß Kleinasien in Zukunft daselbst sein wird, was Afrika schon vor dem Kriege war: das Ausbeutungsobjekt kolonialpolitischer Kapitalisten.

Die Vereinigten Staaten machen diesen Kurs nicht mit. Wie in der europäischen, ist auch in der kleinasiatischen Frage der Geist Wilsons dem alten Geist des Imperialismus unterlegen.

Die Deutschen in San Remo als gleichberechtigt.

Nach einer Meldung des „Telegraph“ aus San Remo erklärte Lord George gestern beim Empfang italienischer Journalisten, die Alliierten würden bei der bevorstehenden Zusammenkunft in Spaar die deutschen Vertreter als gleichberechtigt behandeln. Ein italienischer Diplomat bezeichnete die Konferenz als einen großen Sieg der neuen Politik.

„Allgemeines Handelsblatt“ schreibt: Trotz des Triumphgeschreies der Pariser Presse erhält man doch den Eindruck aus dem Beschluß mit Deutschland direkt zu verhandeln, daß der Standpunkt des unerbitlichen Siegers verlassen wird, und daß ein Weg betreten wird, der zum Vertrauen und zur Mitarbeit führen kann.

Das „Journal“ schreibt zu dem Konferenzschluß: Die Alliierten verlangen, daß die deutsche Regierung ihnen konkrete Vorschläge über verschiedene Fragen mache. Wenn man zu einer befriedigenden Lösung gelangen will, sind die alliierten Regierungen geneigt, mit den deutschen Vertretern über alle Fragen, die die Ordnung im Innern Deutschlands und sein wirtschaftliches Wohl angeht, in Verhandlungen zu treten. Aber Deutschland soll auch verstehen, daß das Bündnis der Alliierten für die Ausführung des Friedensvertrages ebenso eng ist, wie es für den Krieg gewesen ist. Das einzige Mittel für Deutschland, seinen Anteil an der Welt wieder einzunehmen, besteht darin, daß es die Bedingungen, die es in dem Friedensvertrag übernommen hat, ausführt.

Polens Mobilisierung gegen Deutschland.

Die „D. Z.“ verbreitete gestern aus Breslau folgende auflehnungserregende Meldung:

Die polnische Regierung hat eine Anfrage des französischen Botschafters in Warschau über die Mobilisierungen in Polen im befohlenen Sinne beantwortet.

Als Grund dafür werden die angeblichen Friedensverletzungen durch Deutschland und die Aufsammlungen sogenannter deutscher Grenzschutztruppen an der schlesischen Grenze genannt.

Von autoritatöser deutscher Seite wird dazu festgestellt, daß die in letzter Zeit an die schlesisch-polnische Grenze gekommenen Truppen lediglich an ihre Standorte zurückkehrende Regimenter waren.

Die „Parlamentarische Korrespondenz“ in Wien veröffentlicht die Meldung, daß mit englischer Hilfe täglich große Mengen Munition aus österreichischen Waffen- und Munitionsfabriken nach Ungarn und Österreich geliefert werden und von dort teilweise an Polen abgegeben werden. Diese Vorgänge sollen, wie die Korrespondenz von unrichtiger Seite erzählt, das Vorpiel zu einem Bündnis zwischen Ungarn und Polen bilden.

Die Kriegslust der polnischen Imperialisten und Militaristen, die den neuen Staat nach alter Schlachttat beherrschten, kam gestern auch in Danzig sehr bezeichnend zum Ausdruck. Der „Dziennik Obywateli“ ließ in der Langgasse an der Hauptpost ein Extradat verbreiten, durch das er im schreiendem Feinddruck deutsch und polnisch eine große Offensiv des polnischen Heeres gegen die Bolschewisten ankündigte. Nach fast 6 Jahren Weltkrieg gehört zu diesem Jubel noch mehr als wilde Kriegsbegeisterung.

Rechtsschwenkung in Dänemark.

Die am 28. April in Dänemark stattgefundenen Wahlen zum Folketing haben folgendes Ergebnis gehabt: Liberale 48 Mandate (Gewinn 4 Mandate), Sozialisten 42 Mandate (Gewinn 4 Mandate), Konservative 28 Mandate (Gewinn 7 Mandate), Radikale 17 Mandate (Verlust 15 Mandate), Erwerbspartei 4 Mandate (Gewinn 3 Mandate), Freie Sozialdemokraten, Unabhängige Rechte, Unabhängige Radikale je ein Mandat Verlust.

Der Ausfall der Wahlen bedeutet eine Niederlage der radikalen Parteien, die zusammen mit den Sozialdemokraten das Ministerium gebildet hatten. Die Rechte (Konservative und Liberale) haben den Wählerfolg dadurch erreicht, daß sie im dänischen Volke nationale Leidenschaften aufpeitschten und besonders die Annexion der zweiten schleswigschen Zone oder deren Internationalisierung forderten.

Französische Gespenssterei.

Der „Temps“ vom 25. April bringt offensichtlich erfundene Nachrichten über die Aufdeckung eines gegen Frankreich gerichteten deutschen Kriegsplanes. Von zuständiger Seite wird uns dazu mitgeteilt, daß die Senatoren des „Temps“ auf einer böswilligen Ausbeutung gänzlich harmloser Punkte beruhen. Als die Franzosen in Hanau einrückten, war dort lediglich Sicherheitspolizei anwesend. Die Franzosen behandelten die Polizeimannschaften aber dennoch als Militär. In Frankfurt, Homburg und Hanau lagen insgesamt etwa 1100 Mann Sicherheitspolizei, und daß sich Frankreich durch diese „Armee“ bedroht gefühlt habe, ist wohl kaum anzunehmen. Was die angeblichen Operationen betrifft, so handelt es sich, wenn überhaupt etwas derartiges gefunden worden ist, jedenfalls um eine Manöveraufgabe aus der Zeit vor dem Kriege, die im Koffer eines ehemaligen Offiziers gelegen haben mag.

Wechsel im Reichsverkehrsministerium.

Nachdem die Verreichung der Eisenbahn von der Nationalversammlung verabschiedet worden ist, hat Minister Bauer seine Aufgabe als erledigt angesehen und dem Reichspräsidenten sein Abschiedsgesuch eingereicht. Gemäß der bei der Bildung des Kabinetts getroffenen Abrede übernimmt der Schatzminister Bauer, das Reichsverkehrsministerium. Die Uebernahme erfolgt auf Wunsch aller drei die Regierung bildenden Parteien. Das Reichsverkehrsministerium wird vor den Wahlen nicht neu besetzt. Minister Bauer hat sich bereit erklärt, das Amt kommissarisch zu verwalten.

Studentenrevolte gegen Sänisch.

In der reaktionären Presse tobt ein gewaltiger Sturm der alldeutschen Studentenschaft gegen den Minister für Wissenschaft, Kunst- und Volksbildung Genossen Haerlich. Wenn man der „Deutschen Zeitung“ glauben darf, ist Genosse Haerlich ein zweiter Metternich, der die Freiheit der Universitäten erdroffelt und strangulieren möchte.

Und was ist der Grund dieser Entrüstung? Es soll in jeder Universität ein Verwaltungsrat gebildet werden, der sich zusammensetzt aus dem Vorsitzenden der Studentenschaft, einem vom Vorstand der Studentenschaft zu erwählenden Studenten, einem vom Vorstand der Studentenschaft zu wählenden akademischen Bürger, einem vom Senat zu erwählenden Vertreter des Lehrkörpers, und — nun kommt das Entsetzliche — aus einem Vorsitzenden, der vom Minister ernannt wird, und bei dessen Auswahl der Minister nicht auf die Zugehörigkeit zu dem Lehrkörper oder der Beamtenschaft der Hochschule beschränkt ist.

Darüber Entrüstungsgeschrei und Jetermordio. Ein Dudenhüter, der sich zum Hüter der akademischen Ehre macht, sagt in heller Entrüstung, daß auf diese Weise die akademische Würde ein sozialistischer Handwerker, in den Vorstand der Universität gelangen könnte. Man denke, ein Handwerker, ein „Knote“, wie es in der Studentensprache heißt, im Vorstand der Universität. Ja, das ist wirklich unfassbar für Korpsburschen, deren ganze Auffassung von akademischer Freiheit darin besteht, daß der Student dunkelhaft auf alle anderen Kreise herabzusehen habe. Und Leute mit derartig reaktionärer Gestirnung wollen den sozialistischen Kultusminister einen „Metternich“ nennen!

Christlich-nationalistische Studentenanschreitungen.

Im Verlaufe einer Auseinandersetzung, die gestern in einer Studentensammlung im Wiener Rathaus begonnen hatte, entfernten heute früh die deutschnationalen Hochschul-alle jüdischen und sozialistischen Studenten aus der Universität. Es kam hierbei zu Tätlichkeiten und zum Einschreiten der Polizei, die Studenten beider Parteien verhaftete. Das Universitätsgebäude wurde geschlossen.

Die Maifeier im Roten Hause Danzigs.

Stadtvorordnetenversammlung am 27. April.

Bei Beginn der Sitzung hatten sich vor den 66 Stadtvorordneten schon 40 eingeschrieben. Auch auf den Magistratsplätzen standen die meisten Plätze besetzt. In der Sitzung wurde der Bericht über den Jahresbericht 1919 der Abgassigen Erziehung für Arbeiterwohnungen wurde zur Kenntnis genommen. Eine Reihe von Vorschlägen nach den Vorschlägen des Wahlprüfungsausschusses, Genosse Krawitz, Werner vom Transportarbeiterverband wurde in den Ausschuss für die Gewerkschaften gewählt.

Beirat für den Leucht- und Brennstoffverband für den Kreisamt Danzig.

Dieser Beirat soll aus insgesamt 21 Personen bestehen von denen 7 die Stadtvorordnetenversammlung wählt. Stadtv. Lange (Deutschl.) konnte sich von einer derartigen Einrichtung keinerlei Vorteile versprechen. Es würde da nur viel gerebet. Die Behörden verhalten sich nach altem Gebräuche. Das Wirtschaftsausschuss habe sich auch gegen eine Erhöhung des Protzpreises ausgesprochen, trotzdem sei der Protzpreis erhöht worden.

Magistratskassier Brückewitz teilte mit, daß die bei Verhaltung des alten Protzpreises einen Aufschlag von 1.800.000 M. monatlich von der Stadt erfordert hätte.

Stadtv. Rahn (Anab.) wandte sich gegen die Zusammenfassung des Wirtschaftsausschusses. Unter Genosse Meck hat früher schon wiederholt auf diesen Ausschüssen hingewiesen. Die Vertreter des Grundbesitzes haben in diesem Ausschuss die Mehrheit und misbrauchen sie zu unerhörten Preissteigerungen. Die Vorlage des Magistrats sei ein Uebelstand. Nicht der Magistrat wäre es gewesen, vorher die Fraktionen zu informieren. Der 7 Danziger Vertreter würden von den 14 anderen Ausschussmitgliedern doch überstimmt. Redner verlangte Vertagung.

Bürgermeister Dr. Paill hatte gegen eine Vertagung nichts einzuwenden. Den Vorwurf des Heberfalls wies er jedoch entschieden zurück. Magistrat und Stadtvorordnetenversammlung seien vollständig gleichberechtigte Körperschaften.

Stadtv. Fuhrbrügge (F. W. V.) vertrat die Ansicht, daß die jetzige Organisation des Wirtschaftsausschusses unzuverlässig ist. Er erklärte sich im Auftrag der F. W. V. für die sofortige Übernahme der Wahl. Stadtv. Mohde (F. W. V.) hielt die sofortige Bildung des Ausschusses wegen der großen Kohlennot für dringend notwendig. Ab 1. Juni solle die Verteilung nach dem neuen Plan vor sich gehen, was sehr schwierig sei, da nur geringe Mengen zur Verfügung stehen.

Dem Stadtv. Dr. Herrmann (Dem.) war die Vorlage auch etwas überraschend gekommen. Er trat deshalb für Vertagung der Wahl ein.

Bürgermeister Dr. Paill teilte die Zusammenfassung des geplanten Ausschusses mit. Es erhalten Vertreter: Danziger Stadtvorordnetenversammlung 7, Zeyppel 2, Großes Werder 2, Danziger Niederung 2, Danziger Höhe 2. Der Magistrat sei nur in seltenen Fällen den Beschlüssen der Stadtvorordnetenversammlung nicht beigetreten, und das sei ihm jedesmal sehr schwer geworden.

Stadtv. Rahn (Anab.) erwiderte, daß man die Vertreter der Arbeiterschaft zu den Beratungen der städtischen Körperschaften jahrelang nicht zugelassen habe. Rahn betonte nachdrücklich, daß seine Angriffe nicht persönlich gemeint seien.

Er wünschte, daß die Herren im Magistrat uns noch recht lange erhalten blieben.

Das Wort Heberfall habe er nicht im oblen Sinne gebraucht, sondern damit nur sagen wollen, daß die Fraktionen vorher zu hören sind.

Bürgermeister Dr. Paill sagte dem Stadtv. Rahn (Anab.) Dank für seine freundlichen Worte.

Stadtv. Herrmann (Dem.) wies darauf hin, daß Stadtv. Lange sich für die Wirtschaftsausschuss sondern das Ernährungsamt resp. der Nachwärtensauschuss habe die Erhöhung des Protzpreises beschließen!

Nach längerer Gedächtnisordnungsdiskussion wurde die Angelegenheit vertagt.

Ohne Diskussion bewilligte man 18.000 M. zur Vergütung der Fenster des Obergeschosses des Stadtmuseums. Ferner 7000 M. für Zwecke der Vorbildersammlung und der Wägerei im Museum.

Die Schaffung neuer Beamtenstellen

führte wieder zu einer längeren Debatte. Insgesamt werden 71 neue Beamtenstellen geschaffen, die einen Mehraufwand an Gehalt von 193.436 M. erfordern.

Stadtv. Dr. Herrmann (Dem.) lobte die bisherige Tätigkeit der Beamten und Angestellten, deren Arbeitslast bedeutend zugenommen sei. Endlich müsse aber mit den provisorischen Besetzungen Schluss gemacht werden, deshalb beabsichtige er die Schaffung der Beamtenstellen. Mit dem Prinzip, nur Juristen in die städtische Verwaltung aufzunehmen, sei endlich zu brechen. Techniker und Kaufleute könnten das gleiche leisten. Auch mittleren Beamten müsse die Möglichkeit gegeben werden, in höhere Verwaltungen einzutreten. Vor der Besetzung der Stellen müsse der Beamtenauschuss gehört werden. Redner erklärte, daß die demokratische Fraktion für die Vorlage stimmen werde.

Dem Deutschen Ph. Livyssa hatte Dr. Herrmann das meiste vorweg genommen. Er wünschte, den Privatdienstvertragsangehörigen, die sich bewährt haben, Beamtenrechte zu geben.

Stadtv. v. W. (Dem.) bedauerte das Fehlen weiblicher Beamten in Danzig. Es handele sich dabei weniger um eine Korrekturelle, als um eine ideale Frage. Redner beantragte die Beamtenrechte für die fünf städtischen Bibliothekarinnen.

Genosse Grünhagen

erklärte, daß die sozialdemokratische Fraktion im Prinzip für die Vermehrung der Beamtenstellen sei, trotzdem aber gegen die Vorlage stimmen werde. Der Magistrat habe den Beamtenauschuss über die Besetzung der neuen Stellen nicht gehört. Der Magistrat lehne dies grundsätzlich ab. Das habe auch der Fall Biermann bewiesen, der erst als unerlässlich galt, aber später fallen gelassen wurde, als über ihn mit dem Beamtenauschuss zu verhandeln. Den Wünschen der Beamten werde nicht Rechnung getragen. Eine Bevorzugung der Militäranwärter dürfe nicht stattfinden. Lediglich die Leistungen der Beamten müßten für ihre Beurteilung maßgebend sein. Bei der letzten Prüfung der Kriegsteilnehmer hätten eine Anzahl ihr Examen nicht bestanden. Diesen möge man vor der Besetzung der neuen Stellen Gelegenheit zu einer neuen Prüfung geben.

Bürgermeister Dr. Paill erkannte die Forderung der Besetzung von Nichtjuristen als berechtigt an. Die Schaffung weiblicher Beamtenstellen solle erwogen werden. Die Verhältnisse der Militäranwärter seien gesetzlich geregelt. Vor der Festlegung der neuen Stellen habe der Magistrat mit den Vertretern der Beamten Rücksprache genommen.

Stadtv. Landmann (F. W. V.) beantragte die Ernennung von weiblichen Schulinspektoren.

Stadtv. Rahn (Anab.) lehnte aus den gleichen Gründen wie Genosse Grünhagen die Vorlage ab. Die Ausschüsse der Ar-

beiter und Beamten seien nicht nur zu hören, sie hätten auch mitzureden. (Widerspruch bei der Mithras.)

Stadtv. Rahn (Anab.) erklärte sich für die Vorlage, wünscht aber auch die Beschäftigung von Kaufleuten und Technikern an leitenden Stellen.

Stadtv. Neumann (F. W. V.) stimmte der Magistratsvorlage zu und wendete sich dann gegen den Genossen Grünhagen, dem er Privatdienstverträge zum Schaden der Stadt vorwarf.

Stadtv. Dr. Marg. Korth (F. W. V.) wünschte in absehbarer Zeit die Ernennung weiblicher Beamten mit den gleichen Rechten wie ihre männlichen Kollegen.

Bürgermeister Dr. Paill erklärte, daß über diese Vorlage auch mit dem Beamtenauschuss verhandelt werden sei. Die Besetzungen der Beamten bezögen sich nicht auf diese Vorlage.

Stadtv. Dr. L. H. (Dem.) wünschte das größte Einvernehmen zwischen Magistrat und Beamtenauschuss. Der Volkstag habe erst zu entscheiden, ob wir für Danzig das Betriebsrecht übernehmen.

Genosse Grünhagen

verlangte von dem Magistrat eine verbindende Erklärung darüber: 1. daß die neuen Stellen im Einvernehmen mit dem Beamtenauschuss besetzt werden; 2. daß den Kriegsteilnehmern vor Besetzung der geschaffenen Stellen Gelegenheit zu einer neuen Prüfung gegeben wird.

Bürgermeister Dr. Paill betont nochmals, daß mit dem Beamtenauschuss über die Besetzung der Stellen und Beförderung verhandelt worden ist. Den Kriegsteilnehmern soll Gelegenheit zu einer neuen Prüfung gegeben werden.

Stadtv. R. (F. W. V.) erklärt sich für die Vorlage, wünscht jedoch, daß die Beamten, die mit dem Publikum in Verbindung kommen, die polnische Sprache beherrschen. (Widerspruch bei der Mehrheit des Hauses.) Stadtv. Roggenbuck (Anab.) forderte das Mitbestimmungsrecht des Beamtenauschusses.

Stadtv. Philippson (Deutschl.) sprach als Beamter und erklärte, daß die Beamten kein Mitbestimmungsrecht bei der Beförderung haben wollen.

Genosse Grünhagen

hielt die Erklärungen des Bürgermeisters für unzulänglich. Der Beamtenauschuss solle nicht bloß in diesem Hause, sondern generell gehört werden!

Die Vorlage des Magistrats wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Unabhängigen angenommen. Desgleichen die Anträge, die sich mit der Anstellung weiblicher Beamten befaßten.

Verteuerung der Einäschung

Die Einäschungsgebühr für die Benutzung der Feuerbestattungsanlage wurde nach kurzer Debatte erhöht, und zwar für Einheimische von 75 M. auf 225 M., für Auswärtige von 100 M. auf 350 M. Bei Nachweis der Bedürftigkeit kann die Gebühr auf 50 M. ermäßigt werden.

Stadtv. Dr. Herrmann (Dem.) sprach dabei die Hoffnung aus, daß der Volkstag die schärfsten Bestimmungen des Feuerbestattungsgesetzes beilegen werde.

Stadtv. Rahn (Anab.) wünschte bei Prüfung der Bedürftigkeit weitestgehende Entgegenkommen.

Genosse Treznicki äußerte sich im gleichen Sinne, da die minderbemittelte Bevölkerung nicht in der Lage sei, diese Kosten zu tragen.

Die schlechte Versorgung mit Säuglingsmilch

bildete den Gegenstand einer Anfrage des Stadtv. Winter (Dem.): Seit einigen Tagen sei die Säuglingsmilch nicht einwandfrei, die Folgen davon sind unübersehbar. Die Kontrollen der Aufsichtsorgane erfolge anscheinend weniger häufig als früher.

Zwischen Himmel und Erde.

Roman von Otto Ludwig.

(Fortsetzung.)

Der Schlag die Arme um die eigene Brust, den Schmerz da festzuhalten, der über die Rippen gestiegen, dem Vater verraten hätte, wie tief er dessen Glend empfand. Die gleiche Erfahrung ließ den alten Valentin die unwillkürliche Bewegung, dem alten Herrn sich aufzurichten zu helfen, zu einem Griff nach der Schere machen, die zwischen ihm und diesem lag. Auch er wollte dem Aufstehenden verbergen, was nicht zu verbergen war. So treu und tief hatte er sich in seinen alten Herrn hineingelebt.

Der alte Herr hatte sich erhoben und reichte dem Sohne die Hand, etwa als wäre dieser so viel Tage fortgewesen, als er Jahre fortgewesen war. „Du wirst müde sein und hungrig! Ich leide etwas an den Augen, aber es hat nichts zu sagen. Wegen des Geschäfts rede mit dem Frig. Ich hab es aufgegeben. Ich will Ruhe haben. Aber das ist es eigentlich nicht; junge Leute müssen auch einmal selbständig werden. Das gibt mehr Lust zum Geschäft.“

Er trat dem Sohn um einen Schritt näher. Es war wie ein Kampf in ihm. Er wollte etwas sagen, daß niemand hören sollte, als der Sohn. Aber er schwieg. Ein Gedankenschatten von Mißtrauen und Furcht, sich etwas zu vergeben, lag über sein steinernes Gesicht. Er winkte dem Sohn, zu gehen. Aber er selbst blieb regungslos stehen, bis sein schwarzes Haar die Stirn der Wehmut über sich öffnen und schlüpfen gehört. Dann ging er nach der Laube, kam voll Anstrengung und schmerzlicher Sorglosigkeit. Drinnen stand er lange, mit dem Gesicht der grünen Hinterwand zugekehrt, und schien die Ranken von Teufelskorn, die diese bildeten, an gelegentlich zu mustern. allerlei Gedanken zogen über seine Stirn. Es waren sorgenvolle, seltener von Hoffnung angeflammt, als von Argwohn überdeckt; und alle galten dem Geschäft und der Ehre des Hauses, um das er vor allen, selbst vor den Gliedern dieses Hauses, sich nicht im entferntesten zu kümmern den Anschein gab.

Warum er unterdrückt, was er dem Aufstehenden so zu wollte? Was es vom Geschäft oder von der Ehre des Hauses? Und wußte er, daß er, der anstatt seiner nun um beides zu sorgen hatte, hart an die Tür des Gartens geklopft und konnte hören, was er mit dem Aufstehenden sprach, und wenn er heimlich mit ihm sprach, wenigstens sehen, daß er dies tat? War es der Grund, warum er Apollonius hatte zurückrufen lassen aus der Fremde?

Und schien ihm noch jetzt jedes Aussprechen eines Wortes mit seinem Ansehen unverträglich?

Es war ein wunderlich Betommenheit drinnen in der Wohnstube am Mittagstisch. Der alte Herr, wie immer, allein auf seinem Stuhlchen. Auch die Kinder waren entfernt worden und kamen erst nach dem Essen wieder herein. Die junge Frau hielt sich mehr in der Küche oder sonst wo draußen auf; und sah sie einmal wenige Minuten lang am Tisch, so war sie stumm, wie bei der Begrüßung: die große Wölfe wich nicht von ihrer Stirn. Der Bruder war des Vaters Zustand gewohnt, der Apollonius noch mit erster Schärfe in das Herz schmitt; er erahnte nur noch von den Wunderlichkeiten desselben: der im blauen Hede wisse selbst nicht, was er wolle, und mache sich und allen im Hause ohne Not das Leben sauer. Begann Apollonius von dem Geschäft, von der bevorstehenden Reparatur des Kirchendachs von Sankt Georg, dann sprach der Bruder von Vergnügungen, mit denen er sich freue, dem Bruder seinen Aufenthalt bei ihm angenehmer zu machen, und gedachte dieses Aufenthalts stets als eines vorübergehenden Besuchs. Soigte der ihm, er sei nicht gekommen, sich zu vergnügen, sondern zu arbeiten, dann lachte er, wie über einen unergieblichen Witz, daß Apollonius helfen wolle, nichts zu tun, und zeigte, er verstehe Spaß, und wäre er auch noch so trocken vorgebracht. Dann, war seine Frau hinausgegangen, forschte er nach dem Verhältnis Apollonius' zu der Tochter des Vaters und lachte dann wieder über den Bruder Spatzvogel, in dem man den alten Krämer gar wohl wieder-erkenne.

Nach Tisch kamen die Kinder wieder herein und mit ihnen mehr Leben und Gemütlichkeit. Während Apollonius vor den alten Verhältnissen noch als vor neuem und fremdem stand, hatte das neue zu den Kleinen schon die ganze Vertraulichkeit eines alten gewonnen. Den ganzen Nachmittag beschäftigte der Bruder und, wie es schien, auch die Schwägerin nur der Paill. Der Bruder verlag immer mehr, was ihm unbehaglich sein mochte, über den Eindruck, den er als Hauptperson bei dem Feste auf den Aufstehenden machen würde, und bemühte die Zeit bis zum Beginn desselben, ihm durch Erzählungen und hingeworfene Winke von Ehre und Aufmerksamkeit, die ihm bei solchen Gelegenheiten von den angesehensten Bürgern erwiesen werde, einen Vorgeschmack zu geben. Er wurde zusehends heiterer und schritt immer stolzer in der Stube hin und her. Das Ansehen seiner wohlgeputzten Stiefel sagte einweilen, ehe es die Ballgäste taten: „Ei, da ist er ja! Da ist er ja!“ Und wenn er dazwischen mit beiden Hän-

den in den Hosentaschen mit Geld klapperte, klang es aus allen Saalecken: „Nun wird es famos! Nun wird es famos!“ Und dahin zwischen den Bewillkommenden — aber schon ging er nicht mehr, er schwebte, er schwamm auf der Musik — jeder Tanz war eine Jubelouvertüre auf den Namen Kettenmaier — er schloß keine Boden, keine Fäße, keine Beine mehr unter sich, kaum noch die junge Frau Kettenmaier, die neben ihm schwamm, an seiner rechten Handfeder hangend, die Schönste unter den Schönen, wie er der Jovialste unter den Jovialen, der Daumen an der Hand des Pelles war.

Und zwei Stunden darauf klang es wirklich von allen Seiten: „Da ist er!“ Wie es wirklich aus allen Ecken: „Nun wird es famos!“ Da sie vorbeikamen, wurden Stühle angehoben. Keine Hand wurde so oft und anhaltend geschüttelt, als des jovialen Frig Kettenmaiers, keinen Gesellschaftsmittler so viel ungeheures Lob in die Ohren gegossen, als ihm. Aber wie lebenswürdig war er auch! Wie herablassend nahm er alle die verdienten Guldigungen auf. Wie wichtig zeigte er sich, wie gefällig lachte er. Und nicht allein über seine eigenen Späße — denn das war keine Kunst; sie waren so geistreich, daß er lachen mußte, wenn er nicht wollte — auch über andere, so wenig die es, gegen die seinen gehalten, verdienten. Es gab freilich auch Leute, die sich wenig an ihr lachten, aber er bemerkte sie nicht, und die es deutlicher zeigten, waren Apollonius, Pöngelkerle, und andere. „Wie er dem Bruder mit verächtlichem ...“ das Ohr sagte. Es war ganz eigen; man konnte an dem Grad ihrer Verachtung von Frig Kettenmaier ihre größere oder geringere Bedeutung als Menschen und Bürger ganz genau ermessen. Da stand er, den roten Kopf in den Schültern, die das ungeheuerste Gefühl seiner Wichtigkeit — und seine eigene stille Meinung von sich war noch ungeheuerlicher, als die laut ausgesprochene der bedeutendsten Leute im Saale über ihn — noch mehr als gewöhnlich in die Höhe gezogen, die Arme bald in großzügiger Geizigkeit an den Leib gedrückt, bald ausgebreitet, um mit dem Stode irgend einem der bedeutendsten Leute eine klaffende Beklopfung zu versehen, die jederzeit mit einem dankbaren Wächeln erwidert wurde.

Als der Tanz begann, zog Frig Kettenmaier den Bruder in eine Nebenstube. „Du mußt tanzen,“ sagte er. „Von meiner Frau würdest du einen Koch holen, und das wäre mir unangenehm. Ich will dir eine zuführen, die firm ist und dich im Tanz erhalten kann. Nur herzhafte, Junge, wenn es auch nicht gleich gehen will.“ (Fortsetzung folgt.)

Eine Besserung der Milchverarbeitung würde eintreten, wenn durch...
Einerseits...
Zweitens...

Magistratssekretär...
Die...
Die...

Stadtv. Gänge...
Die...
Die...

die Schulen...
Die...
Die...

Stadtv. Gänge...
Die...
Die...

Eine Lücke des Danziger Wahlrechts

Die...
Die...
Die...

Parteinachrichten.

Die...
Die...
Die...

Die Reichskonferenz...
Die...
Die...

Stadtv. Gänge...
Die...
Die...

Aus aller Welt.

Die...
Die...
Die...

Die...
Die...
Die...

Die...
Die...
Die...

Danziger Nachrichten.

Wahl- und Wahlturn im Roten Hause.

Wahlen verpflichtet, auch dort, wo sie nicht vorgeschrieben werden, weil man eben die Nebenwählerinnen und Wähler braucht oder sie wenigstens haben — möchte! So kam es, daß man gestern am Landenmarkt sogar von 4 bis 10 Uhr abends tagte. Für die Vertreter der Presse gab das harte Pflicht. Deshalb durfte doch aber noch kein Pressemann so nervös werden, wie es die Vertreter der „Danziger Zeitung“, des „Danziger Volksblattes“ und der „Danziger allgemeinen Zeitung“ gegen 9 Uhr abends tatsächlich wurden. Sie verließen um diese Zeit unter Protest das Hofot, weil sie sich angebild durch eine Ausweisung unseres Waffens Arsenal befähigt fühlten. Dieser hatte richtig bemerkt, daß die Redner von der Kommunistentribüne dauernd unterbrochen werden. Das stimmte insofern, als sich dort ein nicht zur Presse gehöriger Zentrumsmann platziert hatte, der den sozialdemokratischen Rednern dauernd Juristerei wie: Schwindel, Pöbel usw. machte. Die dem Redner aus dem Munde hervorgehenden vollst. berechtigten Klagen des Stadts. Arsenal. Als er über den Irrtum aufgeklärt war, sprach er aber noch aus, daß er die Presse selbstverständlich nicht habe treffen wollen.

Die Forderung der Sozialdemokratie und der Unabhängigen, am 1. Mai in den städtischen Betrieben und in der Verwaltung nur Sonntagsgeld durchzuführen wurde von dem unabhängigen Man nicht unwillig begründet. Oberbürgermeister Sahm stellte sich auf dem Standpunkt, daß nach dem Ergebnis der Wahlen die Wähler nicht der Wunsch der Mehrheit der Bevölkerung sei. Dann sprach fast als erster bürgerlicher Redner der Pole Dr. Andra sehr energisch gegen die Wähler. Er hielt den Herrn Man sogar vor, daß hinter ihm nicht die Mehrheit der Arbeiter stehe. Dieser politische Liebesdienst überläßt die Unabhängigen so sehr, daß ihre Enttäuschung die ganze Freundschaft zerstückt und sich in heftigen und gar nicht hebevollen Juristen gegen die polnische Reaktion entzündet. Diese polnische „Machregel der Unvernunft“ wird hoffentlich wohl auch im „F. W.“ gerüttelt werden. Genosse Kossel vertrat die Ratifizierung mit den guten Gründen, die das Kulturstreben dieses Tages zur Pflicht macht. Der Zentrumskristliche Gostowski erklärte sich ebenfalls wie der demokratische Hirsch-Bundesrat. Man nennt die Ratifizierung. Der heulandnationaler Paulschmied Jansson erklärte sich ganz heilsamer bloß im Namen der Arbeiter gegen die Ratifizierung. Eine besondere Rolle spielte in der Debatte die Befürchtung, daß Nichtnazierte in den Betrieben terrorisiert werden könnten. Über niemand von den Mahngenden gab die Zustimmung an, daß gegen die Ratifizierung bei Arbeitsruhe nicht durch Maßregelung vorgegangen werden wird. So wie es sonst Unabhängige gegen Sozialdemokraten tun, machte der Christliche Gostowski der Unabhängigen Käse Lun bei dieser Gelegenheit einen demagogischen unmaßigen Vorwurf, wie sie sich einmal über laute Säuglingsmilch geäußert haben soll.

Die Vorlage des Magistrats wegen Vermehrung der städtischen Beamten mußte von der Sozialdemokratie grundsätzlich, wie Genosse Grünhagen darlegte abgelehnt werden, weil der Magistrat dem Beamtenauschuß nicht den genügenden Einfluß gestattet. Die Verhandlung führte zu einem, hoffentlich auch bald praktisch verwirklichten Fortschritt dadurch, daß einstimmig der Antrag der Stadtratsmitglieder Dr. Marg. Kortsch („F. W. B.“) angenommen wurde, der auch die Anstellung weiblicher Beamten forderte. Nun wird hoffentlich selbst die Juchpartei der „F. W. B.“ nicht mehr den Kulturwillen der Sozialdemokratie bestreiten. Hätte der Antrag Kortsch nicht vorgelegen, so hätte ihn selbstverständlich die Sozialdemokratie, die Partei des Frauenwahlrechts, abgelehnt. Die Debatte führte sogar zu einer ganz korrekten Liebeserklärung des Unabhängigen — Kahn für den Magistrat. Zuerst beläugelte er den hohen Magistrat gar fürchterlich des Überfalls. Als Bürgermeister Dr. Galt das bestritt, wünschte Herr Kahn den sonst graulosen zerrissenen „Kapitalisten — borzen“ noch launig angenehme Tätigkeit. Dr. Galt dankte fast gerührt für diese neue Liebe. Bei Beratung des Rohwensauschusses stellte der Zentrumstadsverordnete Soret übrigens fest, daß die Erhöhung des Brotpreises nicht von dem reaktionären Wirtschaftsausschuß, sondern von dem jetzt unter Leitung des unabhängigen Stadtrats Ratze stehenden Ernährungsausschuß angeordnet worden sei! Stimmte daher vielleicht die Lebenswürdigkeit des Herrn Kahn?

Geradezu furchtbar war die Feststellung des Magistratsassessors Riese mit, daß durch die Abkennung Danzigs von Deutschland, von Polen fast 25 000, bloß noch 4000 Liter Säuglingsmilch nach hier geliefert werden! Die polnische Bahnverwaltung lehnte sogar den Transport der Milchkannen ab! Dieser geradezu ungeheuerliche polnische Milchkrieg gegen Danzigs Säuglinge wird aber noch durch eine unter solchen Umständen geradezu verbrecherische Obstruktion deutscher Agrarier unterstützt. Der deutschnationale Brumzen stellte selber mit, daß ein Besitzer im Werder 5000 Liter Milch deshalb verderben ließ, weil er keine Kannten geliefert erhielt! Ausgerechnet diese skandalöse Versündigung benutzte der deutschnationale Sahel zu einem Vorstoß gegen die Zwangswirtschaft und das Wirtschaftsamt, das alles fortorganisiere! Deshalb rief ihm sogar Kahn — und nicht etwa wegen der Volkstagswahl — auf die Verteidigung der freien Bewirtschaftung zu: „Dann kommt ihr uns noch mehr auszuraubern!“ Dabei hat derselbe Herr Kahn erst ganz unlangst, gegen den von Sozialdemokraten geforderten besseren Ernährungsschutz, in erster Linie diese „Ausraubung“ verteidigt. Der „F. W. B.“ Stadts. Juchhülle rügte in der üblichen Art durch die Entdeckung, daß die seit November 1918 bestehende sozialistische Wirtschaftsordnung die Leiber — proletarisiert habell!

Der Streik im Baugewerbe beendet.

Die Verhandlungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben gestern die vereinbarten Vorschläge angestimmt. Die Arbeit wurde heute aufgenommen.

Transportarbeiter-Versammlung.

Am Sonntag, den 25. April 1920, fand im Weißspeichenhause die Generalversammlung für das dritte Quartal statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde die Versammlung das Andenken der verstorbenen Kollegen: E. Waltraß, A. Rautin, Fr. Mucharowski, O. Becker, A. Rüste, J. Borzewski, S. Drawe, Fr. Stewert, B. Kurowski, R. Schaan in üblicher Weise. — Im Geschäftsbericht führte Kollege Werner aus, daß das verfloßene Quartal im

Verhalten des Friedensvertrages stand, welcher Danzig vom Deutschen Reich trennt. Durch den Nachspruch der Antantie sind wir freigeblieben geworden, der aus Egoismus nicht leben und nicht sterben kann. Von welchem Geiste die neuen Nachbader besetzt sind, zeigt das Streitverbot des Oberkommissars Lomer, von dem unser Volk fast behindert wird. Die wirtschaftliche Lage der Danziger Arbeiterklasse ist keine beneidenswertes, zumal die Preissteigerungen sämtlicher Lebensmittel und Bedarfsartikel gewaltige sind. Ansolachen müßten in allen Berufsgruppen Lohnbewegungen in Angriff genommen werden, um einen Ausgleich für die verlorene Lebenshaltung herbeizuführen. Es fanden 40 Bewegungen in 596 Betrieben mit 6274 Beschäftigten statt, von denen 6 erst mittelfristig Arbeitsentlohnung zu Ende geführt werden konnten. Die Ausprägungen der Danziger Werte und bei Schichau endeten mit einem Misserfolge. An Wehrdienst wurde für die Kollegen die Summe von 122 228 Mark pro Woche erreicht. Der Widerstand der Unternehmer war nach jeder Richtung hin in verstärktem Maße zu spüren, da ihnen durch das Streitverbot des Oberkommissars das Rückgrat gestrichelt war.

Die Mitgliederzahl stieg von 5410 auf 5500. Die Produktion war eine sehr starke da 200 Neuaufnahmen 700 Abgänge gegenüberstehen. 1200 Ausstellungen sind ermerhalten. Die Tätigkeit der Ortsverwaltung war eine äußerst angelegene, zumal die Bewegungen sich nicht immer so glatt abwickelten, wie es wünschenswert erschien.

Die Klassenverhältnisse haben sich günstig entwickelt. Einnahmen und Ausgaben belaufen sich mit 112 005 Mark. Der Klassenbeitrag der Postkasse stieg von 25104 auf 23 123 Mark. Für Streit- und Gemeindefestunterstützung wurde die Summe von 36 000 Mark herausgegeben. Für die übrigen Unterstützungsarten 16 000 Mark. Nachdem nach Kollege Werner die Vorgänge in den einzelnen Berufsgruppen eingehend erörtert hatte, schloß er seinen Bericht mit dem Wunsch, daß auch für die Zukunft durch ein harmonisches Zusammenarbeiten aller Mitarbeiter weitere Erfolge in Bezug der Lebenshaltung unserer Kollegen erreicht werden können.

Nach kurzer Aussprache wurde der Geschäftsleitung einstimmig Entlastung erteilt. Sodann nahm die Versammlung Stellungnahme zur Ratifizierung, wobei die Arbeitsruhe am 1. Mai einstimmig beschlossen wurde. Zum Streit im Baugewerbe wurde erklärt, daß dessen Durchführung mit allen Mitteln gefördert werden müsse. Die Generalversammlung hemilligte aus der Ortskasse den Betrag von 5000 Mark zur Extramentierung der Streikenden.

Nachdem noch einige interne Verbandsangelegenheiten ihre Erledigung fanden, wurde die Versammlung mit einem kräftigen Appell des Vorsitzenden, in der Agitationsarbeit nicht zu erlahmen, geschlossen.

Ein neuer Tarif der Transportarbeiter.

Bei der Einigung in den Verhandlungen über den Tarif der Transportarbeiter, die zwischen den Transportarbeiter-Verbänden und dem Bund der Arbeitgeber-Verbände im Gombelgewerbe zustande gekommen ist, sind, wie die „Danziger Nachrichten“ berichten, die Mindestwöchensöhne wie folgt festgelegt worden: für männliche Arbeiter im Alter von 14—15 Jahren 27 M., von 16—17 Jahren 33 M., von 18—19 Jahren 39 M., von 20—21 Jahren 45 M., von 22—23 Jahren 51 M., von 24—25 Jahren 57 M., von 26—27 Jahren 63 M., von 28—29 Jahren 69 M., von 30—31 Jahren 75 M., von 32—33 Jahren 81 M., von 34—35 Jahren 87 M., von 36—37 Jahren 93 M., von 38—39 Jahren 99 M., von 40—41 Jahren 105 M., von 42—43 Jahren 111 M., von 44—45 Jahren 117 M., von 46—47 Jahren 123 M., von 48—49 Jahren 129 M., von 50—51 Jahren 135 M., von 52—53 Jahren 141 M., von 54—55 Jahren 147 M., von 56—57 Jahren 153 M., von 58—59 Jahren 159 M., von 60—61 Jahren 165 M., von 62—63 Jahren 171 M., von 64—65 Jahren 177 M., von 66—67 Jahren 183 M., von 68—69 Jahren 189 M., von 70—71 Jahren 195 M., von 72—73 Jahren 201 M., von 74—75 Jahren 207 M., von 76—77 Jahren 213 M., von 78—79 Jahren 219 M., von 80—81 Jahren 225 M., von 82—83 Jahren 231 M., von 84—85 Jahren 237 M., von 86—87 Jahren 243 M., von 88—89 Jahren 249 M., von 90—91 Jahren 255 M., von 92—93 Jahren 261 M., von 94—95 Jahren 267 M., von 96—97 Jahren 273 M., von 98—99 Jahren 279 M., von 100 Jahren 285 M.

Militärrevolle in Polen?

Kein Mensch hat daran geglaubt, daß die behauptete Abstempelung der Aronennoten die wahre Ursache der zehntägigen polnischen Eisenbahnstörung war, unter der Danzig in besonders schwerer gelitten hat. Die widerprüchlichsten Gerüchte kursierten deshalb über die Gründe der Störung und ihre geheimnisvoll dunkle Verhängung umher. Die in Marienwerder erscheinenden „Neuen Westpr. Mitteilungen“ schreiben dazu:

Es ist ein altes Geheimnis, daß die Abstempelung der Aronennoten nicht den Grund für die polnische Bahnstörung ist, aber niemand weiß den eigentlichen Grund. Es wird viel erzählt von einem geplanten Überfall auf Ostpreußen oder Westpreußen, da die Nachrichten von Truppenansammlungen in Graudenz, Thorn usw. sich wecheln. Nach den neuesten zuverlässigen Meldungen ist jedoch die Sachlage eine gänzlich andere, denn nicht die Ansammlung der Truppen, sondern die Zustände innerhalb des Militärs liefern die Veranlassung zur Sperrung des Verkehrs gegeben zu haben. In Graudenz und Thorn ist eine Militärrevolle im Gange. Täglich sieht man gefesselte Soldaten durch die Straßen führen. Offiziere werden beschimpft und mißhandelt. Der Hauptmann in Graudenz war drei Tage vom 19. bis 21. April von den Revolutionären verhaftet. Die Bedingungen der Soldaten sind: Entfernung sämtlicher polnischer und langjährigster Offiziere; sofortige Einrückung von Soldatentruppen; Hebernahme von Zivilgewalt durch westpreussische und polnische Brante. Die allgemeine Parole heißt: „Los von Kongresspolen!“ So sieht es jetzt im polnischen Paradies aus!

Wir haben keine Möglichkeit, diese Darstellung nachprüfen. Doch ist uns bekannt, daß tatsächlich starke Verstimnungen zwischen den polnischen Soldaten aus dem preussischen Teil und denen aus Kongresspolen bestehen. So ist die skandalöse Erziehung des Joppoter Fischers Mähling in der vorigen Woche nach Angabe anderer polnischer Grenzboten durch Matrosen, die aus Kongresspolen gekommen sind, erfolgt. Die aus Preußen kommenden Polen beurteilten die blutige Untat ebenfalls.

Offland-Phantasien.

Nach der hier in Danzig erscheinenden „Brücke“ wird in nicht näher bestimmten politischen Kreisen des Ostens der Plan diskutiert, ein selbständiges Staatsgebilde zu schaffen, das aus Danzig, dem verbliebenen Westpreußen, Ostpreußen und dem Westlande bestehen soll. Es sei nicht genau bekannt, welche Kräfte dabei am Werke sind und an welcher ausgedehnten Macht das geplante Staatsgebilde Anlehnung finden soll. Der Plan, obwohl er noch wenig bekannt ist, habe bei den davon unterrichteten Anhängern des Reichseinheitsgedankens im Osten, namentlich in Ostpreußen, Erregung verursacht.

Wir haben diese Sensation der „Brücke“ von vornherein nicht ernst nehmen können. Ihr Offland-Plan geht so sehr auf den Stützen überirdischer Möglichkeiten, daß man nur bewundern kann, wie eine solche Nachricht überhaupt die Druckerfärbung erreichen konnte.

Wir haben auch von vornherein die ebenfalls von der „Brücke“ verbreitete Meinung Toppers von der Befreiung des Reichs von Danzig für unmöglich richtig erklärt. Jetzt muß der Herr selbst berichten und noch so tun, als ob es fremde Irrtümer aufzuklären hat.

Wolff Wagner, das beliebte Mitglied des „Danziger Volksblattes“, ist von Direktor Hermann Rautepf für den Monat Mai an besten 2. Platz beurlaubt worden. Durch die von ihm geleiteten „Eunten Abend“ in „Willemsstraße“ hat Wagner nach allen Freunden der freigelegten Werte in bester Erinnerung. Sie werden ihn mit Freude im neuen Rahmen seiner Tätigkeit begrüßen.

Der wiedereröffnete Eisenbahnverkehr. Der Arbeiter, der am Montag abend nach Beendigung der schuldigen Sperre wieder einsetzte, bewegte sich in normalen Gleisen und nicht, wie gewöhnlich, in den Schienen. Der Sommerfahrplan tritt in diesem Jahre erst mit dem 1. Juni in Kraft.

Die Jubiläum der Militärerlangungsgebühren für Mai erfolgt beim Besatz (Sungasse) am 29. und 30. April. Das Fahren ist aus den bei den Bekämtern befindlichen Anträgen ersichtlich.

Polizei-80-Mark-Erwerb. Von den in letzter Zeit zur Ausgabe gelangenden neuen Reichsbanknoten zu 50 Mark (Ausgabe vom 24. Juni 1919) sind sich mitgeteilt wird, außer der im März bekanntgegebenen Fälligkeit weitere Nachbildungen aufgetaucht. Die Fälschungen zeigen meist die nachstehenden hauptsächlichsten Merkmale: 1. Papier in Farbe und Färbung abweichend, 2. Vorderseite schlecht und ungenau wiedergegeben, besonders mangelt es an den violetten Elementen, Unterschriften und Nummern. Hauptkopf auffallend ungenau, zum Teil ein altes, schiefes Gesicht tragend. Hinterer rechter Stern am Himmel fehlt, 3. Rückseite: Linien und Fleck. Zeichnung teilweise auf dem Kopf liegend. Brauner Außenrand schmaler. Straßenrand erheblich höher. Der auf der Rückseite in dem rechten Außenrand bei edlen Noten deutlich erkennbare, etwa 3 Zentimeter breite, aus durchlöchernden in das Papier eingewickelten Fasern bestehende Schutzstreifen ist durch aufgedruckte Striche, die beim Falten der Note gegen das Licht nicht durchschimmern, nachgeahmt. Der Nachahmer dieser Fälschungen wird gewarnt.

Derliche Parteinachrichten.

Aktion! Parteiverammlung.

Am Donnerstag, den 26. April, abends 8 1/2 Uhr in der Aula des Stadt Gymnasiums am Winterplatz: Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins. Tagesordnung: 1. Vierteljahrsbericht, 2. Vortrag, 3. Verschiedenes.

Arbeiter-Jugend. Heute 7 Uhr im Heim Gefangenen, Arbeiter und mitzubringen. Leiterin: Genossin Springel.

Arbeiter-Jugend. Heute, Donnerstag, den 30. April, abends 7 Uhr findet ein Mandolinabend im Heim und ein Spielabend auf dem Gole statt. Leiter des Mandolinabends: Genosse Graf. Leiter der Geselle: Genosse Schum. Da einige Bekanntschaften gegeben werden, ist das Erscheinen eines jeden Mitgliedes erwünscht. Der Vorstand.

Polizeibericht vom 26. April. Verhaftet: 14 Personen, darunter: 6 wegen Diebstahls, 2 wegen Hausfriedensbruchs, 1 wegen Betrugs und 5 in Polizeihaft. — Gefunden: 1 Besenstaubweiser mit Bild für Bernhard Erdmann, 1 (schwarz, Damen-) Jackenbündel, 1 Paar Lamm, 1 Tuschbüchel, 1 graue Lederhandschuh mit Ring, Spiegel, Taschentuch pp. abgehoben aus dem Fundbureau des Polizeipräsidenten. — Verloren: 1 kleiner gelber Buchstaben, 1 Broschüre mit Lapis in Silberfassung, abgehoben im Fundbureau des Polizei-Präsidenten.

Standesamt.

Todesfälle: Generalmajor a. D. Rudolf Danwath, 70 J. 9 M. — Wauer Werner Sidelan, 71 J. 2 M. — E. des Reichers Adolf Klaffe, 6 M. — Korridor, Unteroffizier im 3. Regt. 176, Oskar Gulle, 25 J. 9 M. — S. des Herrns Bruno Borchert, 2 Stb. — Kriegsmilitär Paul Rabbe, 84 J. 8 M. — Bureauhilfe Friedrich Rabbe, 28 J. 4 M. — Lokomotivbeleg Johann Trzgnski, 32 J. 6 M. — Arbeiter Johann Raepke, 77 J. 3 M. — Arbeiter Johann Antke, 39 J. 10 M. — Arbeiter Otto Rabbe, 66 J. 10 M. — S. des Kaufmanns Jakob Kops, 5 M. — Rentiere Anna Reinhardt, 76 J. 8 M. — Rentiere Auguste Wilhelm, 79 J. 8 M.

Wasserstandsberichte am 27. April 1920.

	gestern	heute	gestern	heute
Thorn	1,28	1,24	1,19	1,14
Stodon	1,22	1,20	1,52	1,45
Culm	1,18	1,14	2,26	2,12
Graudenz	1,20	1,25	2,36	2,36
Kurzbrack	1,70	1,65	2,36	2,36
Montauespöhe	1,25	1,21	4,80	—

Aus dem deutschen Osten.

Denkmalsfindung in Marienwerder. Das auf dem Fischmarkt in Marienwerder befindliche Brunnenstandmal des Hofmeisters Hermann Baß, des Gründers der Burg Marienwerder, ist einem Unwetter zum Opfer gefallen. Das Monument war eines der ältesten Denkmäler des preussischen Ostpreußen und von großem historischem Wert. Die Beschädigungen, die das Denkmal erlitten hat, sind ziemlich bedeutend. Etwa ein Drittel der ganzen in Stein gehaltenen Brunnenfigur ist anscheinend mit Hilfe eines Explosivstoffes eingestürzt. Weder war es bisher unmöglich, die Lücke zu ermitteln.

Telegramme.

Frankfurt a. M. bleibt besetzt. „Daily Mail“ meldet aus San Remo, die Konferenz habe entschieden, daß die französischen Truppen Frankfurt a. M. solange besetzt halten würden, bis Deutschland die Zwangsbestimmungen ausgeführt und die 12 000 Gefangenen geliefert haben würde, die es entgegen dem Versailler Vertrag noch bestimme. — Nach Meldung des „New York Herald“ aus San Remo hat der Oberste Rat gestern beschlossen, der deutschen Regierung alle nötigen Beweise für die Aburteilung der Beschuldigten zu übermitteln. — „Populaire“ bezeichnet die Ernennung des deutschen Kanzlers zum 26. Mai nach Spanien als Beginn der Revision des Friedensvertrages.

Die Nationalversammlung gegen den 1. Mai. In der gestrigen Nationalversammlung wurde der Antrag Agnes (U. S.) betreffend Arbeitsruhe am 1. Mai sowie der Antrag Auer (Soz.) betreffend Einstellung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag abgelehnt der Ratel gegen die Stimmen der Rechten und Unabhängigen angenommen. — Chefredakteur Adolf Bartel. Verantwortlich für den politischen Teil Rudolf Bartel, für den wirtschaftlichen Teil Bruno Gwertl, für die Illustrationen Bruno Gwertl, für die Druckerei Bruno Gwertl & Co., Danzig.

